

Erhöhung des europäischen CO2-Reduktionsziels: ein Jobmotor

Greenpeace: Österreichs Tritt auf die Klimapolitik-Bremse schädigt Wirtschaft

Wien- Eine ambitionierte und langfristig stabile Klimapolitik wirkt sich positiv auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt aus - zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des deutschen Potsdam-Institutes für Klimafolgenforschung (PIK). "Die Studie widerlegt auf eindrucksvolle Weise die landläufige Meinung, dass Klimaschutz teuer ist und Jobs kostet", erklärt Greenpeace-Energiesprecher Jurrien Westerhof. "Genau das Gegenteil ist der Fall, doch Österreich steht bei der Diskussion um die Klimaschutz-Ziele der EU weiterhin auf der Bremse", kritisiert Westerhof die Haltung der Alpenrepublik in Brüssel.

Die PIK-Studie zeigt, dass neue Impulse die Wirtschaft enorm ankurbeln würden. Eine Erhöhung des CO2-Reduktionszieles von zwanzig auf dreißig Prozent kombiniert mit klimapolitischen Maßnahmen würde einen starken Investitionsschub auslösen und sich so auf die Gesamtwirtschaft positiv auswirken.

Eine Modellsimulation zeigt auf: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wäre mit einem dreißigprozentigen CO2-Reduktionsziel verglichen mit einem zwanzigprozentigen um satte zehn Milliarden Euro höher. Das Wirtschaftswachstum würde mit 2,3 Prozent um 0,3 Prozentpunkte steigen. Die Arbeitslosenrate würde von mit 4,7 Prozent auf 3,6 Prozent gleich um 1,1 Prozent sinken. Die Investitionsrate als Teil des BIP würde 25,9 statt 20,8 Prozent ausmachen und die Treibhausgasemissionen würden bei 78,5 statt 86,3 Millionen Tonnen liegen.

"Umweltminister Berlakovich träumt immer wieder laut von 'Green Jobs'. Derzeit steht die Bundesregierung aber ständig auf Standby - so entstehen diese Jobs vielleicht in China, aber nicht in Österreich", kritisiert Westerhof. "Leider setzt sich hierzulande immer wieder der lähmende Einfluss einiger großer Industrieunternehmen durch. Die Folgen sind unter anderem ausbleibende Investitionen und massive Kosten durch das Verfehlen des Kiotozieles", so Westerhof weiter.

Nach wie vor lehnt Österreich eine Erhöhung des CO2-Reduktionszieles der EU von zwanzig auf dreißig Prozent mit der Begründung ab, dass diese Maßnahme der Wirtschaft schaden würde. "Diese rückständige Haltung schadet dem Wirtschaftsstandort Österreich", führt Westerhof aus. "Es wird Zeit, dass Österreich seine Rolle als Bremsklotz der EU-Klimapolitik aufgibt, und sich klar und unmissverständlich für eine dreißigprozentige CO2-Reduktion bis 2020 ausspricht", fordert Westerhof.